

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis In der Stadt für Wöcherl monatl. 6 M durch
Posten bezogen monatlich 6.75 M; bei Post-
bezugs monatlich 7 M. frei Haus. Erscheint wöchentlich nach-
mittags. Einzelnummer 30 P. Postfachkonto 2334
16654. Geschäftsstelle S. 11. A. R. Nr. merseburger Anzei-
gen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Anz. d. Wöcherl. 25 P. und
der Anz. d. Wöcherl. 25 P. und der Anz. d. Wöcherl. 25 P.
Die laufende Monatsrechnung wird vom Besizer auf seine
Rechnung in Rechnung genommen. Abrechnung 50 P. wöcherl.
Beförderer. Norm. Anzeigenbl. 11. Wöcherl. Fernr. 100.
Erscheinungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 256.

Montag, den 31. Oktober 1921.

161. Jahrgang

Tageschronik

Die Note der Reichsleiterkonferenz an die Reichsregierung be-
stätigt, daß die Entente den deutschen Protest gegen die
Genfer Entscheidung als null und nichtig betrachtet.
Die Polen beklagen bereits die Deutschen in den abgetretenen
Gebieten zu terrorisieren.
Nach England sollen in Verhandlungen Sachleistungen anstatt
barer Zahlungen angeboten werden.
Das Reichsgericht hat das sächsische Gesetz für die Kapu-Puffst-
chen wegen deren Nichtigstellung wieder aufgehoben.
Die Beilegung des bairischen Königsraats findet Ende die-
ser Woche in München statt.
Erfolger Karl war noch nicht zum Thronverzicht zu bewegen.

Der polnische Terror gegen die Deutschen.

Flaggengewalt für die Deutsch-Polen.
Sämtliche polnischen Umländer, die sich in Oberschlesien
aufhalten, haben Befehl erhalten, unverzüglich zu ihren Trup-
penstellen nach Polen zurückzukehren. — Der polnische Kriegs-
minister soll einen Gesandtschaftsbesuch eingeleitet haben, durch den
die Post, Telegraphen- und Telefonleitungen wieder eingeschaltet
würden. — In fast allen Teilen des Reiches
wird bereits Flaggengewalt der polnischen
Militärtruppen. Die deutschen Heimkehrer wurden
gezwungen, eine
weiße Flagge zum Zeichen ihrer
Unterwerfung

heranzubringen. Der Befehl ist in den Gemeindevertretungen
öffentlich bekanntgegeben worden. — Während an den
Kreisen sich die Polizei befindet, daß in diesen beiden
Kreisen zahlreiche Häuser-Soldaten in Unruhe
eingetroffen sind.

Tschechische und polnische Raubabsichten auf Oberschlesien?

Es war bekannt, daß zwischen Polen und der Tschechei als
Angehörige der kleinen Entente schon seit langer Zeit ein
Geheimvertrag sowohl in militärischer wie in politischer
Beziehung besteht. In diesen Tagen hat nun eine Vor-
besprechung zwischen französischen, polnischen und tschechischen
Militärs stattgefunden, bei der die Möglichkeit des
gewalttätigen Raubes deutschen Gebiets
durch die Tschechen

behandelt worden sein soll. Nach den Besprechungen wurde in
Tschechen im Hotel zum goldenen Hirschen eine weitere Sitzung
von polnischen und tschechischen Vertretern einberufen, an der
auch französische und englische Militärs, darunter ein Ver-
treter Verons, teilgenommen haben sollten. In dieser
Sitzung, die als Vorbereitung für die Anfang November in
Brno stattfindende Hauptverhandlung anzusehen ist, soll den
Tschechen englische und französische Hilfe zugesagt worden sein
für die Aneignung des Grenzstrafens Leobschütz-Neu-
stadt-Biegenhals und Reife.

Bei den weiteren Verhandlungen entstand ein Streit
zwischen Polen und Franzosen wegen der Bewirtschaftung
des an Polen abzugebenden ober-schlesischen Gebiets. Es
wurde eine Ausdehnung der polnischen Besetzung
nach dem Abbruch der Interalliierten Kommission auf Deut-
schen und Geleit vorgeschlagen. Korstantz will jedoch
weiter als bis zu diesen Stellen vordringen. Ueber die
Polen soll ebenfalls eine Auseinandersetzung zwischen
Polen und Franzosen stattgefunden haben.

Art. 234 nicht mehr anwendbar?

Der „Temps“ schreibt zu der Rede, die Dr. Wirth in Karls-
ruhe gehalten hat, folgendes: Deutschland wird die Revisi-
on des Völkerrechts im Völkerrecht verlangen und sich
dabei auf Artikel 234 des Völkerrechtsvertrages für die Abän-
derung der Abzugsbedingungen berufen. Eine solche Ver-
sicherung sei aber trotz der Erklärung Oberschlesiens un-
gültig. Denn dadurch, daß man im Londoner Ultimatum
Deutschland nicht nur seine, sondern auch variable Abzugs-
leistungen auferlegte, sei bereits für eine eventuelle Ver-
änderung der Abzugsbedingungen, die Art. 234 vor-
behält, keine Haftung mehr. Diese Erklärung
hätten die Alliierten selbst am 24. Mai in der Kammer er-
klärt, daß, ohne daß das Londoner Ultimatum in Kraft getre-

Der Wortlaut der Entente-Antwort.

Der deutsche Protest unbegründet, null und nichtig
Der deutsche Vorkämpfer in Paris hat auf die Note der
deutschen Regierung vom 27. Oktober folgende Antwortnote
erhalten:

Es. Exzellenz haben durch Ihre Note vom 27. Oktober d.
J. mitgeteilt, daß die deutsche Regierung gemäß der von den
alliierten Mächten am 20. Oktober 1921 getroffenen Entsch-
ließung über die Festsetzung der Grenze zwischen Deutschland
und Polen in Oberschlesien die in dieser Entscheidung vor-
genommenen Bestimmungen, deren Namen ohne Bezug mitgeteilt
werden müssen, bezeichnen wird. Ich habe die Ehre, Ihnen
zur Kenntnis zu bringen, daß die alliierten Mächte von
dieser Mitteilung Kenntnis genommen haben, aber
sie können nicht zugeben, daß die von ihnen auf Grund
des Artikels 88 des Vertrages von Versailles getroffene Ent-
scheidung irgendwie eine Verletzung des Ver-
trages darstellt. Infolgedessen betrachten sie den
Protest der deutschen Regierung als un-
begründet, null und nichtig.

Sie wollen von der Mitteilung, die ihnen durch Ex. Exzel-
lenz gemacht worden ist, nur die bedingungslos und
unverhandelbar erklärte, daß die deutsche Regie-
rung zustimmend (reconnait), daß sie sich allen Anord-
nungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit sich darnach
ergebenden Folgen fügen wird, wo sie der Friedensvertrag
Deutschland auferlegt.

Der durch die Entente am 20. Oktober etwas ge-
wisst ist, konnte eine andere Antwort kaum erwarten. Die-
jenigen, die eine andere Wirkung des deutschen Protestes er-
hofft hatten, sind um eine Enttäuschung reicher und — höf-
entlich um eine Million ärmer geworden. Zentrum und
Sozialdemokraten werden mit der ihnen eigentümlichen
Leichtsinnigkeit auch diese Erklärung ohne weiteres hin-
nehmen; und die Demokraten? Wenn sie an ihren Proklamations-
beschlüssen festhalten, müssen sie zur Regierung in Opposition
treten aber auch zugleich zum ersten Male in ihrem Leben
konsequent sein.

Ausführung der Genfer Bestimmungen bis 31. Dezember.

Aus Paris verläutet, daß der Vorkämpfer die völlige
Durchführung aller in der ober-schlesischen Entsch-
ließung enthaltenen Bestimmungen bis zum 31. Dezember festsetzen
wird, und zwar unter Aufrechterhaltung der interalliierten
Beobachtung bis zu diesem Zeitpunkt.

Wenn man die Abzugsleistungen durch Artikel 234 aufgeschoben oder
vermindert werden könnten. Gegen diese Erklärung sei von
Deutschland kein Einspruch erhoben worden, deshalb
hat es heute nicht mehr das Recht, sich auf Artikel 234
zu berufen.

Sachleistungen an England.

Wesentlich hat im englischen Unterhaus ein Abgeordneter
der Regierung die Anregung gegeben, die Alliierten sollten
im Hinblick auf die von Deutschland seitdem gemachten
Schwierigkeiten, die Reparationsleistungen zu leisten, der
deutschen Regierung vorzuschlagen, deutsche Anleihe zu
verleihen. Die meisten Berliner Vertreter hierzu erklärt,
haben innerhalb der deutschen Regierung, unter Ausbe-
nennung von Sachverständigen, wiederholt schon Besprechungen statt-
gefunden, ob es durch eine Beschlagnahme der Reichsschatze im
deutschen Privatbesitz oder durch einen Verkauf der staatlichen
Reichsschatze möglich sei, einen Teil der Reparationssumme
aufzubringen (1). Wenn man jedoch dahin absehen, von dem
Einkauf in das Privatvermögen abzuweisen und auch staat-
liche Reichsschatze nicht an den Ausland abzuführen, Infolge-
dessen dürfte die Anregung im englischen Unterhaus bei
Deutschland keinen Wiederhall finden. Im Zusammenhang
hiermit verdient Interesse, daß der deutschen Regierung von
verschiedenen Seiten bereits vorgeschlagen ist, durch eine Teil-
beschlagnahme der Goldvorräte im deutschen Privat-
besitz die deutschen Verpflichtungen zu erfüllen (2). Auch mit
dieser Frage hat man sich eingehend beschäftigt und das
Finanzministerium hat schließlich die Entscheidung getroffen,
daß man an einen solchen Einkauf in den deutsch. Privatbesitz
nicht denken könne. Die Anregung im englischen Unterhaus
betrifft im übrigen, daß in England mehr und mehr die Er-
kenntnis laute wird, daß Deutschland eine Entschädigung in
den Reparationsleistungen erhalten müsse (3) und daß man

immer nachdrücklicher die Frage der Sachleistungen in
den Vordergrund schiebt. Von dementsprechender Seite wird
unserem Berliner Vertreter berichtet, daß seitens der deutschen
Regierung in der allerletzten Zeit in dieser Frage wieder
Besprechungen mit England aufgenommen werden. Man
hofft, daß es doch gelingen wird, mit England ein Abkommen
zu treffen, um durch Sachleistungen die Devisenabfuhr abzu-
mildern. (Danach scheint die obenstehende Erklärung völlig ge-
schweigt zu sein.)

Gegen den Ausverkauf der Rheinlande und Bayerns.

In allen Teilen des besetzten Gebiets, sowie in Essen, der
bairischen Pfalz, Württemberg und dem Brückentopf Reich sind
einzelne Bestimmungen zur Verhütung des Infolges des
niedrigen Marktpreises entsetzlichen Ausverkaufs erlassen
worden. Im bairischen Landtag wurde eine Anfrage ein-
gebracht, welche darauf hinweist, daß der Preis der Waare
auch in Bayern unbilligere Zustände geschaffen habe. Der
Ausverkauf der deutschen Waare ist für die deutschen Verbrau-
cher in höchstem Grade verwerflich. Die Ausländer kaufen
auch in Bayern die Waare billiger, so daß es nicht zu ver-
wundern sei, wenn sich der Preis für eine von Tag zu Tag
immer größer werdende Devisenabfuhr bemächtigt. Die
Staatsregierung wird gefordert, ob sie diesem gefährlichen Aus-
verkauf nicht so rasch als möglich entgegenzutreten wolle?

Deutschlands Handel mit Rußland.

Die Unterredung mit dem Präsidenten der U. S. G.
Der Direktor der U. S. G., Herr Deutsch, der in London
weilt, hatte eine Unterredung mit einem Mitarbeiter des
„Evening Standard“, worin er erklärte, daß in den Hoffnungen
und Absichten, die in Südamerika, den Vereinigten Staaten
und England angeknüpft sind, kein Platz zu finden sei, bevor die
allen Märkte wieder offen kämen. Der größte Markt für
diese Waren sei Rußland, und gegen Rußland sei be-
stimmte Politik notwendig. In Rußland vollzieht sich gegenwärtig eine Umwan-
dung nach Rechts, die vielleicht in Zukunft zu einer Umwan-
dung des Sozialismus führen werde. Er fände aber keine
Schwierigkeiten oder Bedenken an dem Handelsverkehr
mit Rußland. Er könne hinzufügen, daß jeder deutsche
Vertrag, der mit Sowjetrußland abgeschlossen wurde, ge-
wissermaßen in Rußland in Kraft sei. Das Gaaß der
Wirtschaft sei ein weiterer Grund, weshalb Deutschland mit
Rußland Handel treiben müsse. Der einzige Markt, auf dem
wir billige Waren einkaufen können ist Rußland, und wenn
nicht jemand in Rußland kauft und verkauft, dann wird das
Gaaß in Zentraluropa niemals beseitigt werden. Deutsch-
land befinde sich in einem großen internationalen Schan-
del für den Handel mit Sowjetrußland, worin Deutsch-
land, England und die Vereinigten Staaten und vielleicht auch
Frankreich vertreten sein werden. Deutschland treibe Handel,
um zu leben; wenn es das machen könne, die Alliierten zu be-
nachteiligen, um so besser. Was die Entscheidung über Ober-
schlesien anbelange, so seien die Gesetze der Deutschen
über diese Entscheidung nicht mit Worten wiederzugeben. Die
Alliierten müssen Deutschland in verständnisvoller Weise un-
terstützen, sonst werde es zusammenbrechen und Europa mit in
den Abgrund hinabstürzen.

Ausstand der Ratifizierungsurkunden mit Amerika

Nach Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington
wird der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Berlin,
Dr. F. L. B. C., das amerikanische Ratifizierungsdokument zum Fried-
ensvertrag nächste Woche in Berlin übergeben und die Ratifi-
kation des Reichstages in Empfang nehmen. Im Ausblick
daran wird in den Vereinigten Staaten die Proklamation des
Friedenszustandes erlassen.

Landtagswahlen in Baden.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der gestrigen Landtags-
wahlen in Baden sind gewählt: 29 Reichstagsabgeordnete,
3 Reichstagsabgeordnete, 5 Deutsche Volkspartei, 2 Unabhängige,
3 Kommunisten, zusammen also 61 Abgeordnete. Die alle
Koalition, bestehend aus Reichstagsabgeordneten, Zentrum
und Demokraten zählt demnach 61 Abgeordnete. Der ver-
lorenen Landtag setzte sich aus 107 Abgeordneten zusammen, von
denen 39 dem Zentrum, 32 den Sozialdemokraten, 25 den De-
mokraten und 7 den Deutschen Nationalen angehörten. Wirth
ist bisher eine Verminderung der Mandate um 21 eingetreten,
was neben der verminderten Wahlteilnahme auf die Ab-

Was in der Zeitschrift besprochen ist

• Ganz Deutschland beklagt sich über die unverschämte hohen Preise für Weizenmehl...

Verordnungen

• Ein Sonderfall hat dem Reichs-Landbund Veranlassung gegeben, beim Reichlichen Landwirtschaftlichen Ministerium...

Genes das neue Verordnungsverfahren

• Der Generalkonferenz der Ankeristen schreibt uns: Das Verordnungsverfahren wird in diesen Tagen im Mein...

Beschleunigungsbefehl nach Frankreich

• Am 1. November ab werden außergewöhnliche und telegraphische Befehlsbefehle...

Todesbestimmungen von Kriegsteilnehmern

• Zur Regelung rechtlicher Angelegenheiten von Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern...

Der Ankauf von Gold für das Reich

• Durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 31. Oktober bis 6. November...

Veranstaltungen, Veranstaltungen usw. in Meriburg

• Die Deutsche Volkspartei veranstaltet heute Abend 8 Uhr im „Hotel“ einen öffentlichen Vortrag...

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Ein Gespann vom D-Zug zerplatzt

• Corbach, 30. Okt. Durch verbotswidrigen Öffnen eines Bahnstrangs auf der Strecke Halle-Corbach...

Letzte Depeschen

Der heutige Dollarkurs

Berlin, 31. Okt. (Sta. Drahtb.) Am Devisenmarkt macht sich die gleiche Festigung wie am Aktienmarkt bemerkbar...

Magin Gortz auf dem Wege nach Deutschland

Berlin, 31. Okt. (Sta. Drahtb.) Einigen Mitteilungen aus Magin, nach denen der russische Diplomat und Botschaftsrat Magin Gortz...

Sowjetrußland erkennt die Staatsschulden der Jarenregierung an

Moskau, 31. Okt. Die Sowjetregierung teilt angedeutet der Herberden Botschaften ihre unermittelte Bereitschaft mit, unter gewissen Bedingungen die alten Schulden anzuerkennen...

Kommunismus in der portugiesischen Marine

Lissabon, 31. Okt. Am 21. Oktober ist bekannt, daß die Matrosen, die an der letzten Revolution teilgenommen haben...

Aus Provinz und Reich

Dampferzugunfall auf dem Waansee

Berlin, 30. Okt. Auf dem Waansee sind heute zwei Dampfer zusammengestoßen. Ein Dampfer sank. Nach den vorhandenen Meldungen erlitten acht Personen...

Berlin, 31. Okt. (Sta. Drahtb.) Die Untersuchung über die Schuldfrage über das schwere Dampferunfall...

Ein angenehmer Patient

• Berlin, 29. Okt. Gellern nachmittag erlitten der 27jährige Dampferbesitzer Hoeh aus Rausdorf bei dem Rahn...

Wenn der Chauffeur betrunken ist

• Berlin, 29. Okt. Am der Danziger Straße wurden der Kabinenführer Hermann Korn und die Schülerin Silke...

Handbierfall mit einer Kinderpflanze

• Berlin, 29. Okt. Eine Dame lernte beim Künzler-Tee in einem großen Berliner Hotel einen Herrn kennen, der sich Dr. Schönlich nannte...

Kampferpreisermäßigung auf der Ostsee für reichsdeutsche Substanten

• Berlin, 29. Okt. Wie aus Berlin gemeldet wird, gewährt der Reichliche Land, die Ostsee und die Ostsee...

Einbruch in die katholische Kirche

• Göttingen, 29. Okt. In der katholischen Kirche wurde ein Einbruch verübt. Die Diebe waren von dem Hofe der Kirche benachbarten Volkshaus...

Mordverbrechen

• Kronach, 29. Okt. Ein verheerendes Anschlag wurde in Kronach auf den Stadtkämmerer von der Stadt...

Rückgang für einen Arzt

• Göttingen, 29. Okt. Das Schicksal ist für einen Arzt in Göttingen wegen Verbrechen gegen das kaiserliche Leben...

Die Untersuchung der Dvornek Anstalt

• Lubowitsch, 31. Okt. Die experimentelle Untersuchung der Dvornek Anstalt wird, wie die „Frankf. An.“ meldet...

Wahl eines Millionenbesizers

• Hamburg, 29. Okt. Am Donnerstag entritt ein Unbekannter im Hamburger Kaufmannsclub auf der „Großen Weiden“...

Die achtsame und wachsame Straßbahn

• Göttingen, 29. Okt. Einem Döbeler Einwohner war von einem unbekanntem Unbekanntem eine echte italienische Straßbahn...

Kaiser von Reichsbanknoten

• München, 29. Okt. In München wurden wegen Herstellung falscher 50-Mark-Reichsbanknoten ein früherer Photograph und angeblicher Derschnitzer...

Ein neuer Stand in Straßburg

• Paris, 29. Okt. In Straßburg ist ein neuer Stand in Straßburg. Die Große Straßburger Willensrichtung...

Kunst und Wissenschaft

Mitfahr einer Forschungs Expedition aus Sibirien

• Die sibirische Forschungs Expedition unter Leitung von Prof. Otto Nordenskiöld ist seit Sibirien zurückgekehrt. Die letzten Teilnehmer waren der Aoloo Graf Z...

Wettervorhersage

• Dienstag den 1. November. Amteit wollos; milder; zeitweise etwas Regen.

• Verantwortliche Redaktion: Polit. Off. und prob. Zeit. Dr. Hahn. - Sperrt: M. Hochheimer. - Anzeigen: G. Hahn. Druck und Verlag: Meriburger Druck- und Verlagsanstalt E. Hahn sämtlich in Meriburg.

Politische Rundschau
Erhöhung der Ausfuhrabgaben.

In den Beratungen im Reichswirtschaftsrat ist eine Erhöhung der sog. sozialen Ausfuhrabgabe beschlossen worden. Die Ausfuhrabgabe wurde im Herbst 1919 beschlossen, als, wie heute, der Sturz der Mark zu einem Ausverkauf Deutschlands an das Ausland zu führen drohte.

Angeichts des neuerlichen Marksturzes hatte die Reichsregierung eine Erhöhung der jetzt geltenden Sätze des Ausfuhrabgabentaris um 4 v. H. beantragt. Dieser Antrag wurde im Ausschuss des Reichswirtschaftsrates auch fälliggelesen, mit der Einschränkung, daß diese, die ganz oder vorwiegend aus ausländischen Rohstoffen oder Halbfabrikaten hergestellt sind, und die deren der Lohn nur einen kleinen Teil des Wertes der Fertignare ausmacht, von der Abgabe frei sein sollen.

Seitens der Industrie und des Handels erhob sich bei den Verhandlungen gegen eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben kein wesentlicher Widerspruch. In der Begründung des Antrages der Reichsregierung heißt es: Wenn der Wert der Mark in zwei bis drei Tagen um 50 Prozent fällt, kann ein Aufschlagsgewinn der Exporteure festschreibend nicht bestritten werden.

Neu und von Bedeutung ist, daß aus den Eingängen der Ausfuhrabgabe ein Sicherungsfonds gebildet wird, der zur Verflügung der Reichsregierung bleibt, auf den sie zurückgreifen kann für den Fall, daß bei der Leistung der Reparationszahlungen Schwierigkeiten entstehen sollten.

Die Körpersteuern im Reichsrat.

Der Gesetzentwurf der Körpersteuern hat jetzt im Reichsrat wesentliche Änderungen erhalten. U. a. ist die Steuerfreiheit der Hochschulen, Stiftungen usw. eingeführt worden. Von der Körpersteuer Steuerpflicht des Gewerbetreibenden sollen die reinen Spartenbetriebe ausgenommen werden. Bestimmte Bestimmungen über Befreiung der Steuerpflichtigen nach Höhe der Gewinnverteilung und Aufhebung der Sondervorschrift über Befreiung der Liquidatoren und Fusionsergebnisse wurden gestrichen.

Unter falscher Flagge.

Roman von W. Wölfl.

(Nachdruck verboten.)

Der kleine Herr Sebald schien durchaus der nämlichen Meinung zu sein; denn er huschte ohne ein Wort der Erwiderung dem Ausgang zu und war schon in der Dunkelheit verschwunden, als die Verbindungstür geöffnet wurde, und als Walzen die schlafte Gestalt Sebalds auf der Schwelle stehen sah. Er wachte sich nach jener Richtung, aber es war ihm, als hätte er neben sich jemanden den dunklen Pflanzengruppen etwas wie eine unheimliche Gestalt sich bewegen gesehen. War es denn denkbar, daß noch jemand sich hier verborgen hielt? War denn das ganze Haus voll von Lausjähren und Spionen? All dies Geheimnisvolle und Rätselhafte wieder ihm mehr und mehr an. Er mußte es mit der Persönlichkeit Wolthards in Verbindung bringen, und diese Persönlichkeit wurde ihm dadurch immer abstoßender und verhasster.

„Ah, du bist es, Herbert!“ sagte sie mit einem Aufschrei der Überraschung. „Was war mit dich, du bist so hier drinnen, etwas, und ich fürchte schon, daß es sich wieder um einen verbrecherischen Anschlag handelt.“

Nicht aus Gefälligkeit gegen den kleinen Herrn Sebald, sondern weil er Gerda nicht ohne Not beun-

1923, der Rückstellungen auf die in der Zeit vom 1. 1. 21 bis 31. 12. 26 zu Ende gegangenen Wirtschaftsjahre. Der vorläufige Zahlenvergleich nach bisherigem Stand 10 Prozent des im nächsten auszuweisenden Betragens, erhöht sich auf 25 Prozent. Da das steuerbare Einkommen wegen der Preisfallung gewisser Einkünfte und Verwindung von der Steuer unter Umständen hinter dem Bilanzgewinn zurückbleibt, kann die vorläufige Zahlung die volle Höhe des Steuerbetrages von 30 Prozent nicht erreichen.

Gegen die Devisenspekulation. Ein Gesetzentwurf in Vorbereitung.

Der Hanfa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie hatte an die beteiligten Reichsministerien das Eruchen gerichtet, von Reichswegen gegen die Auswüchse der Spekulation mit ausländischen Zahlungsmitteln an zentralen Stellen einzuschreiten. Seine Kritik galt besonders dem seit kurzer Zeit an den Börsen aufsteigenden unberufenen Elementen, deren Hauptgeschäft darin besteht, in fremden Devisen zu jobbern und dadurch den Kursstand der deutschen Mark herunterzuarbeiten.

Um die Gefährder der Beamten.

Im Reichsfinanzministerium fanden Ende voriger Woche ausgedehnte Verhandlungen über die nötig gewordenen Gefährderbestimmungen für die Beamten statt. Nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums handelt es sich diesmal nicht ausschließlich um eine Feuergefährdung, sondern um eine Veranschaulichung des Verbotensgebotes. Der Vorsitzende der Beamtenvereinigungen sehen Vorschläge des Reichsfinanzministeriums gegenüber. Die Verhandlungen dauerten am Donnerstag bis nachts 1 Uhr, führten aber noch zu keiner Einigung. An der Besetzung beteiligt sind die fünf Spitzenverbände, die eine Sachliche Verhandlungskommission entsandt haben. Hierzu stellen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Vfa B. der Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund je 5 und der Gewerkschaftsrang 2 Vertreter. Geplant ist, zuerst über die Beamtenforderungen und im Anschluß daran über die Angelegenheiten und Arbeiterforderungen zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden.

Druckstoffe.

Bei der preussischen Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken ist ein „Hausbrand-Bericht“ erarbeitet worden, dem auch ein Vertreter des Rheinlandbundes angehört. In den Sitzungen dieses Rates werden alle Fragen der Kohlenwirtschaft besprochen. In der 2. Sitzung der nächsten Woche wird es sich um die bessere Versorgung der ländlichen Bezirke mit Steinkohlen für Druck und Dampfzwecke zu sprechen.

Zusammentritt des preussischen Staatsrats.

Der preussische Staatsrat tritt am Dienstag, den 8. November zu einer kurzen Tagung zusammen.

Aus Stadt und Umgebung

Anschaffung einer Automobillpräge für die Freiwillige Feuerwehr.

* Die lange Dauer und der unannehmliche Ausnahmestatus des Weltkrieges haben u. a. besonders das Feuerwehrwesen in seiner Existenzfähigkeit schwer bedroht. Wenn es auch erfreulich ist, daß es in jenseitiger Zeit noch aemig, in stehendem Maße einwohnen zu finden, die unentgeltlich ihre freie Zeit und Gesundheit zum Wohl ihrer Mitmenschen der freiwilligen Feuerwehr zur Verfügung stellen, so wird die Dienstverpflichtung der Feuerwehr doch durch den Umstand gefährdet, daß die Geräte teils veraltet sind und bei der fortschreitenden Entwidlung und Ausdehnung der Stadt

keinesfalls mehr den Anforderungen voll genügen, welche man an die Ausrüstung einer neuzeitlichen Feuerwehr in einer Stadt mit reiner Gewerbetätigkeit, ausgedehnter Fabrikantentätigkeit, mit hohen städtischen Gebäuden stellen muß. Diefem Umstände Rechnung tragend ist im Interesse des einwohner Merseburgs und der Umgegend die Anschaffung der Feuerwehr mit neuzeitlichen Ausrüstungen dringend erforderlich.

Bei den enormen Kosten, welche heute die Anschaffungen und deren Inhalt, besonders aber die Anschaffungen darstellen, ist neben ausreichender Bedienung durch Versicherung der notwendigen Schutz gegen die Schäden der Feuergefahr eine auf einanderzielende und ausdauernde, dienftreue Feuerwehr.

Angeichts der bereits erwähnten Ausdehnung der Stadt und im Hinblick auf die in derselben und deren näheren Umgebung vorhandenen, nicht unbedeutenden Industrie erstreckt sich zur Verhütung eines schmerzhaften der Feuerwehr die Anschaffung einer Automobillmotorpräge für Stadt und Land für durchaus annehmbar. Die Kosten eines solchen Geräts werden sich auf ca. 200 000 M. stellen. Geeignete Mannschaften für die Bedienung, welche bei der Veranschaffung noch eine sachgemäße Ausbildung erhalten müßten, sind in der Stadt vorhanden, auch werden die nötigen Wasserkräfte nicht gegen Aufschwung des Geräts.

Der Stadtverwaltung Merseburg stehen bei der abgemessenen unangeneimen Finanzlage zur Durchführung einer solchen Maßnahme leider nur beschränkte Mittel zur Verfügung. Es wird daher an die Großindustrie und die Gewerbetreibenden unserer Stadt und der nächsten Umgegend die Bitte gerichtet, die Bestimmung eines entsprechenden freiwilligen Beitrages des Vertriebs, unter den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden gesteigerten Feuerfuß zu schaffen, unterstützen zu wollen.

Um festzustellen, mit welcher Summe die Stadt rechnen könnte, wird gebeten, den zu leistenden Beitrag bis 15. November 1921 dem Magistrat mitzuteilen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Forderung neuer Feuerzusage der Metallarbeiter.

** Halle, 29. Oktober. Nach dem letzten Tarifabkommen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und der Arbeiterzeitung ist jede Partei berechtigt, ohne die Tariffrage ständigen zu müssen, im Oktober d. J. Verhandlungen über Preisfestsetzungen der Feuerzusage mit Wirkung ab 1. Oktober abzuhalten. Diese Bestimmung hat der Metallarbeiterverband in Höhe von 1,50 Mark pro Stunde verlangt, während das Festsetzen der Höhe neuer Zuschläge das Ergebnis von Verhandlungen sein soll. Verhandlungen werden die neuen Zuschläge über die bisherigen, die 70 Pf. pro Stunde betragen, hinaus verlangt, so daß also 2,20 Mark zu zahlen wären. Der Vertreter der Metallindustriellen hat diesem außerordentlichen Verfahren überhand entgegenzusetzen, sich aber zu Verhandlungen bereit erklärt. Daraufhin hat gestern zwischen Vertretern beider Parteien eine Verständigung vor dem Vorliegen des Schlichtungsausschusses stattgefunden, der am Montag eine Spruchung des Ausschusses folgen wird.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot.

** Halle, 29. Okt. Die Stadt Halle beschloß, zur Linderung der Wohnungsnot sämtliche alten Personen, die ihre Wohnung aufgeben und nach auswärts ziehen, einen erheblichen Beitrag zu zahlen; ebenso sollen alle, die die eigene Haushaltung aufgeben und ihre Haushaltung mit einer anderen Familie in Halle vereinigen, einen Aufschlag erhalten. Die Aufschläge betragen je nach der Größe der Wohnuna, 300 bis 600 M.

Erhöhung des Milchpreises.

** Halle, 29. Okt. Der Milchpreis in der Stadt Halle wird vom 1. November ab von 3,40 auf 3,80 M. je Liter erhöht. Die Erhöhung ist bedingt durch die außerordentlich gestiegenen Futterpreise.

ruhigen wollte, hielt Walzen es für zweckmäßig, ihr nichts von der eben fälligen Begegnung zu erzählen. Järrlich ergriff er ihre Hand und machte ihr freundliche Vorwürfe, daß sie sich trotz seiner Bitte nicht sogleich zur Ruhe begeben habe. „Was heißt das? Weißt du denn überhaupt was du sprichst, Gerda? Der Mann, mit dem du einig in Liebe verbunden warst? Das ist, doch nicht etwa ich sein? Was ist denn eigentlich mit dir vorgegangen, mein Lieb, seitdem wir uns zum letztenmal gesehen? Als ich dich vorhin in deines Vaters Arbeitszimmer traf, warst du bleich wie der Tod, und jetzt sprichst du Worte, von denen dein Herz nichts wissen kann. Jemand etwas muß also geschehen sein. Sage mir, was es gewesen ist. Vertraue dich mir an! Wenn ich dich weniger lieb liebe.“

„Jetzt war es Gerda, die ihn mit einer stehenden Gebärde unterbrach. „Nein, sprich nicht so zu mir, Herbert, ich bitte dich inständig! Wache es mir nicht noch schwerer. Und verlange nicht, daß ich dir jetzt Rede liebe. Heute Abend fühle ich mich nicht ganz genug dazu, wir wollen uns morgen früh an dem verabredeten Ort treffen, und wenn ich die dann sagen müßte, daß es zwischen uns künftig nicht mehr sein darf, wie es in diesen glücklichen letzten Tagen gewesen ist.“

„Dann würde ich dir antworten, daß ich das für den besten Unfall halte. Aber warum willst du ein Geheimnis vor mir haben, was es auch nur für die Dauer einer einzigen Nacht? Glaubst du vielleicht, dich für irgendeinen anderen zum Opfer bringen zu müssen? Oder fürchtest du eine Gefahr? Hältst du mich nicht für stark genug, dich zu schützen?“

„Sie gab keine Antwort, sondern schüttelte nur aus neue Haare den Kopf. Und als er nicht mehr wurde, in sie zu dringen, als er sie fragte, ob vielleicht ihr Vater etwas mit ihren sonderbaren, unbegreiflichen Reden zu schaffen habe, da erwiderte sie ihm immer wieder, daß sie jetzt nicht sprechen könne, daß er ihr Zeit lassen müßte, die nötige Kraft zu sammeln.“

Und nun, als von irgendwoher die Stimme der Frau Wolfhard vernommen wurde, die ihren Namen rief, nun machte sie sich heilig aus seiner Umschlingung los, gegen die sie sich bis dahin nicht geteilt hatte.

„Meine Blätter ruf mich. Sie wird nicht begreifen, wo ich mich aufhalte, und ich will nicht, daß sie sich ängstigt. Morgen früh in den Dünen wollen wir uns treffen. Gute Nacht, Herbert!“

„Sie ließ es geschehen, daß er sie noch einmal küßte, dann lächelte sie davon. Aber am Fuß der Treppe, die in das obere Stockwerk führte, ließ sie etwas Herab aus Boden fallen. Sie blühte sich danach und hob einen verpackten Briefumschlag auf, der in stüchtigen Briefstücken ihren Namen trug. Doch zerbrach sie sich den Kopf, wie diese seltsame nächtliche Botschaft hierhergekommen sein könnte, und von wem sie herühren möge, da hörte sie wieder die Stimme ihrer Mutter und sah auch schon ihren Gestalt oben auf der Treppe erschönen. Ohne weitere Überlegung hob sie das aus einem sehr feinen dünnen Papier hergestellte Kuvert in ihre Tasche und eilte der Frau Wolfhard entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

